

Was wusste Bundesrat Guy Parmelin über die Ruag-Probleme?

- 26.08.2023
- shn.ch / Schaffhauser Nachrichten Online

Die bundeseigene Rüstungsfirma Ruag kommt nicht zur Ruhe. Erst lehnte der Bundesrat einen bereits geplanten Verkauf von 96 ausgemusterten Leopard-1-Panzern an den deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall mit Endziel Ukraine aus Neutralitätsgründen ab. Dann kritisierte Ruag-Chefin Brigitte Beck die bundesrätliche Haltung zu den Waffenexporten öffentlich und musste anfangs August gehen – nach nur einem Jahr im Amt. Seit dieser Woche ist bekannt, dass die Ruag 25 der erwähnten 96 Panzer an eine deutsche Logistikfirma 2019 verkauft hatte, die aber die Panzer nie abholte und nun trotzdem Eigentümeransprüche erhebt (siehe Text oben: «Deutsche wollen Panzer abholen»). Auch ermittelt die deutsche Staatsanwaltschaft in Niedersachsen im umstrittenen Deal um die 96 Schweizer Leopard-1-Panzer wegen Bestechung gegen fünf deutsche Staatsbürger.

Im Visier der Strafvollzugsbehörde ist auch ein ehemaliger Ruag-Mitarbeiter. Die Korruptionsvorwürfe wiegen schwer, zumal das entsprechende Risiko im Rüstungsgeschäft besonders gross ist, weil es dabei um sehr viel Geld geht. Auch wurde erst kürzlich ein früherer Ruag-Mitarbeiter verurteilt, weil er unzulässige Provisionen kassiert hatte. Wie aber die Ruag ihre Geschäftstätigkeiten überprüft, die sogenannten Complainceregeln umsetzt und ihr Unternehmen führt, sind nicht die einzigen offenen Fragen. Ungereimtheiten beim Seco Bislang hat Verteidigungsministerin Viola Amherd zum Rücktritt der Ruag-Chefin Beck und zum Deal mit Rheinmetall beharrlich geschwiegen.

Anfangs Woche kündigte sie eine externe Untersuchung über die Aufsichtspflicht des Verwaltungsrats und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ruag an. Auch musste sie der nationalrätlichen Sicherheitskommission Rede und Antwort stehen. Dem Vernehmen nach sind die Aussprache und die angekündigte Untersuchung unter den Kommissionsmitgliedern gut angekommen. Einhellig wird die Kommunikation der Ruag und den dadurch entstandenen Reputationsschaden im Ausland verurteilt. Dennoch streiten sie sich in der Kommission darüber, welche Verantwortung die Bundesrätin für das Debakel trägt.

Die Zürcher Grünen-Nationalrätin Marionna Schlatter zum Beispiel kritisiert, der Bund habe als Eigner eines hochsensiblen Rüstungsbetriebs die erforderliche Aufsicht vermissen lassen. «Die Bundesrätin hat ihre Verantwortung delegiert. Dass sie jetzt eine Untersuchung einfordert, ist zwar richtig, aber auch taktisch motiviert. Damit hofft sie, dass sich die Debatte entspannt.» Ihr Schaffhauser Kollege, SVP-Nationalrat Thomas Hurter, sagt, noch sei es zu früh, um der Bundesrätin Konkretes vorwerfen zu können.

«Aber ich frage mich schon, wer hier wen führt: Amherd die Ruag, oder umgekehrt.» Mehrere Stimmen gegen Parmelin zugleich mehren sich die Stimmen, die sich nicht gegen die Verteidigungsministerin richten, sondern gegen ihren Bundesratskollegen, Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Die Aargauer FDP-Sicherheitspolitikerin Maja Riniker sagt: «Der Verkauf der 96 Leopard-1-Panzer an Rheinmetall musste vom Staatssekretariat für Wirtschaft bewilligt werden. Darum muss auch die Rolle von Bundesrat Parmelin geklärt werden.» So sieht es auch ihre Solothurner SP-Kollegin Franziska Roth.

«Die Rolle von Bundesrat Parmelin muss geklärt werden.» Maja Riniker, Aargauer FDP-Sicherheitspolitikerin Ob das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) oder der Bundesrat den Verkauf von 25 Panzern 2019 bewilligten und zu welchen Bedingungen, ist offen. Unklar ist ebenfalls, warum die Ruag 25 von 96 Panzern zweimal verkaufen konnte. Wie die Zeitungen der CH Media gestern publik machten, seien die 25 Panzer laut einer Quelle damals bezahlt worden und gehörten demnach der Käuferin. Dem Vernehmen nach soll das Seco kein Gesuch für den Verkauf der 25 Panzer erhalten haben.

Trotzdem war es das Seco, das Anfang Jahr der Ruag signalisierte, dass der Verkauf der 96 Leopard-1-Panzer rechtlich machbar sei, später aber wieder auf diesen Entscheid zurückkam. Diesen Sachverhalt bestätigte das Seco kürzlich gegenüber CH Media. Demzufolge sei der zuständige Beamte des Seco davon ausgegangen, dass «das Geschäft von einer Ausnahme in der Kriegsmaterialgesetzgebung profitieren würde und deshalb bewilligungsfrei abgewickelt werden könnte.» Aber nochmals: Was wusste der Wirtschaftsminister? Wir wissen es nicht. Denn auf Anfrage verweist ein Bundesratssprecher auf die Untersuchung des Verteidigungsdepartements und sagt, man wolle nicht vorgreifen und könne zu den Geschehnissen derzeit nichts sagen.